

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des **Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW)** an der Bergischen Universität Wuppertal; Jean Monnet Chair und Lehrstuhl Makroökonomik, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. ([www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu)) [welfens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiw.uni-wuppertal.de); Tel +49 0202 4391371 **2015=20 Jahre EIIW/preisgekrönte Forschung**

- **Regierungsfinanzierte Nicht-Regierungsorganisationen als Verfälscher der Demokratie \* Anti-TTIP-Protteste teilweise von der Europäischen Kommission finanziert - Fehlverwendung von Steuergeldern - Unabhängigkeit&Neutralität von ARD/ZDF in Berichterstattung zu TTIP im Zweifel**

**9.10.2015**

### **Anti-TTIP-Aktion in Berlin mitfinanziert von der Europäischen Kommission**

Gegen das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen – TTIP in US-Abkürzung – haben sich am 11. Oktober 2015 verschiedene Akteure in Berlin zum Protest versammelt. Sieht man von Organisationen wie DGB und Compact ab, letztere basiert finanziell auf einer Art Mikrofinanzierung im Internet, so sind die wichtigen Organisationen beim Protest sogenannte Nichtregierungsorganisationen mit teilweiser Regierungsfinanzierung. Eigentlich sind solche bürgerschaftlichen Organisationen (NGOs) ein wichtiger unabhängiger Teil der modernen westlichen Zivilgesellschaft. Aber, während viele Nichtregierungsorganisationen sich als unabhängiger Teil der Zivilgesellschaft geben, erhalten viele enorme finanzielle Zuwendungen ausgerechnet von Regierungen, inklusive der Europäischen Kommission, wobei das in Jahresberichten nicht einmal klar erkennbar ausgewiesen wird. Die Association of Accredited Public Policy Advocates to the European Union schätzt, dass die EU etwa 7,5 Mrd. €, also umgerechnet enorme 5% des Gesamtbudgets für Quasi-Subventionierung von Nicht-Regierungsorganisationen mobilisiert, wobei EU-Zahlungen und nationale Ko-Finanzierung von Projekten zusammen wirken. Zu den prominenten Empfängern von EU-Geldern (wie von Geldern der Bundesregierung) gehört die Umweltorganisation BUND, die ein Mitorganisator der Anti-TTIP-Protteste in Berlin in Oktober 2015 ist, hinzu kommt als Organisator u.a. Attac; aus dem Umweltbereich noch NABU und zudem die Organisation Deutscher Kulturrat, hinter der Akteure u.a. aus der Musik- und Medienbranche stehen, inklusive ARD und ZDF. Jeder mag als Interessengruppe seine Position mit je eigenen guten Gründen beziehen, aber die beiden dominanten öffentlich-rechtlichen TV-Sender als Anti-TTIP-Akteure? Das geht zu weit und hier ist entschiedener Zuschauerprotest nötig.

Schon lange kann man sich fragen, weshalb bei ARD und ZDF fast nur die Gegner von TTIP ausgiebig zu Wort kommen: Wenn ARD und ZDF aber über den Deutschen Kulturrat selbst mit zum Anti-TTIP-Protesttag am 11. Oktober in Berlin aufrufen, dann ergibt sich hier der Eindruck: Öffentlich-rechtliches Fernsehen, das von allen Zuschauern Deutschlands finanziert wird, verfolgt hier schnöde Eigeninteressen bzw. will vermutlich mehr künftige Konkurrenz im Medienbereich abwehren. Dann aber gibt es ganz massive Interessenskonflikte, die ARD und ZDF nicht mal offen legen. Eine Aktionsgruppe von teilweise marxistisch inspirierten Attac- und BUND-Vertretern in verdeckter Kooperation mit ARD und ZDF, das ist auf die öffentlich-rechtlichen TV-Anstalten bezogen nicht neutrales unabhängiges Fernsehprogramm: Da ergibt sich der Eindruck eines interessenbezogenen Eigenprogramms mit gewaltiger Einflussmacht auf die Öffentlichkeit: auf Kosten der Gebührenzahler. ARD und ZDF fiel bei einem Überschuss von 1 Mrd. € im Übrigen in 2015 auch nichts anderes ein, als die Gelder der Gebührenzahler zur Abdeckung künftiger Mehrkosten einzubehalten: Rückzahlung an die Gebührenzahler wäre aber fair gewesen (sicher in der Schweiz realisiert worden). Wer will sich als Zuschauer über angeblich unfairen transatlantischen Handel von unfair agierenden egoistischen TV-Großanstalten objektive Analyse erwarten?

Die ökonomischen Vorteile für EU und die USA sind nach EIIW-Analyse jeweils bei mindestens 300 Mrd. € bzw. gut 2% des Bruttoinlandsproduktes anzusetzen, wobei ein

gering angesetzter Multiplikatoreffekt für Drittländer bei diesen mindestens 30 Mrd. € an zusätzlichem Einkommen erzeugen wird. Wenn die EU und die USA sich zu einem zeitweiligen Technologietransferprogramm für die Dritte Welt entschließen könnten – dies ist wünschenswert für eine globale Win-win-win-Situation bei TTIP -, dann hätte auch der Süden der Weltwirtschaft sichere Einkommensgewinne. Wer TTIP verhindert, blockiert einen weltweiten ökonomischen und ökologischen Aufschwung, denn bei höherem Pro-Kopf-Einkommen steigt auch die Nachfrage nach sauberer Umwelt.

Ein großer Teil der Gegner von TTIP in Deutschland kommt offenbar von anti-amerikanischen und anti-marktwirtschaftlichen Positionen her, oder aber politisch von radikalen Grünen, denen mit der Energiewende von Kanzlerin Merkel der politische Markenkern abhandengekommen ist. Contra-TTIP wurde im Europa-Wahlkampf der Grünen 2014 zu einem Hauptthema, auf das sich grüner Zorn richten soll und vieles an Anti-TTIP-Thesen ist mit ökologischen Positionen verbunden – ob das in sich stimmig ist, kann sehr häufig bezweifelt werden. Gelegentlich ist es gar absurd, wenn etwa Thilo Bode von Foodwatch in seinem Anti-TTIP Buch schreibt, man müsse den gut 500 € TTIP-Vorteilen pro Familie – gemäß seiner Lesart der offiziellen Kommissions-TTIP-Studie – die Trinkwasserreinigungskosten von 1500 € im Kontext der Intensivlandwirtschaft in Deutschland gegenüberstellen. Diese Reinigungskosten haben mit TTIP überhaupt nichts zu tun, die Bode-These ist unlogisch, Unfug, verdeckte Empörungsrhetorik, die irrational die Leserschaft in die Irre führt.

Dass die Europäische Kommission als ein häufig erheblicher Geldgeber von sogenannten Nicht-Regierungsorganisationen auftritt, ist sonderbar und ein Bärendienst an der Demokratie und Europa. Die Kommission, die wenig politische Legitimität hat und deren Position gegenüber dem Europäischen Parlament in der Banken- und der Eurokrise an Gewicht verloren hat, entschloss sich offenbar vor Jahren, mit einer wachsenden Subventionierung von Nicht-Regierungsorganisationen Einfluss und Legitimität auf Steuerzahlerkosten zu kaufen. Es ist eine absurde Entwicklung, wenn ein Teil der Nicht-Regierungsorganisationen sich faktisch zu regierungsfinanzierten Nicht-Regierungsorganisationen (RFNR) machen lässt. Es wäre mindestens ehrlich, sich dann auch als regierungskofinanzierte Interessengruppe erkennen zu geben, aber den entsprechenden Organisationen fehlt es hier an Transparenz und Ehrlichkeit, wie die Jahresberichte der einschlägigen Organisationen ausweisen.

Es ist mit der Idee von Gewaltenteilung und repräsentativer Demokratie in Europa nicht vereinbar, wenn Dutzende große Nicht-Regierungsorganisationen sich zu wesentlichen Teilen von Regierungen finanzieren lassen. Gewählte Abgeordneten der Parlamente müssen sich dann in öffentlichen Diskussionen mit ihren Argumenten gegen internetmächtige und finanzstarke Nicht-Regierungsorganisationen durchsetzen, die Teile der Presse stark beeinflussen und die sozialen digitalen Medien dominieren; so kann man keine faire repräsentative Demokratie bauen. Der sonderbare Missstand mag für einige Politiker gelegentlich angenehm sein, wenn man die RFNR auf seiner Seite hat, aber ein solcher Spezialfall kann ja nicht Basis einer grundsätzlichen Beurteilung von RFNR bzw. Institutionen in einer Demokratie bzw. in einem Rechtsstaat sein. Mit Kants Prinzip des Moralischen Imperativs sind für die Öffentlichkeit kaum erkennbaren, verdeckten langjährigen Regierungsfinanzierungen – meist als Projektfinanzierung aufgesetzt - von zahlreichen „Nicht-Regierungsorganisationen“ nicht vereinbar.

Geradezu sonderbar ist es auch bei den TTIP-Protesten in Deutschland. Die Europäische Kommission verhandelt entsprechend ihren Kompetenzen mit den USA über TTIP bzw. ein Transatlantisches Freihandelsabkommen. Dieselbe Kommission finanziert aber Dutzende großer „Nicht-Regierungsorganisationen“ mit, die gegen TTIP auftreten. Eine solche groteske Widersprüchlichkeit der Europäischen Kommission ist unakzeptabel

und steht für politische Unverantwortlichkeit. Die europäische Handelskommissarin Malmström muss also faktisch zu Pro-TTIP-Veranstaltungen etwa nach Berlin reisen, wobei der Protest von der Europäischen Kommission wesentlich finanziert wird. So kann man keine erfolgreiche zukunftsfähige Europäische Union bauen und auch keine optimale europäische Verhandlungsmacht gegenüber den USA bei den TTIP-Verhandlungen erreichen.

Die Regierungsfinanzierung von Nicht-Regierungsorganisationen nimmt diesen einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit und sicherlich ihre politische Unabhängigkeit. Die Äußerungen regierungsfinanzierter Nicht-Regierungsorganisationen als Stimme der Zivilgesellschaft zu klassifizieren – dies wird gerne gemacht –, verbietet sich von daher in vielen Fällen. Die faktischen Subventionen von Nicht-Regierungsorganisationen verfälschen den politischen Wettbewerb und führen in der Politik oft zu wenig klugen Entscheidungen. Wenn etwa die Stimme der Wirtschaftswissenschaften sorgfältig fundiert pro TTIP argumentiert, aber einflussreiche staatlich mitfinanzierte „Nicht-Regierungsorganisationen“ eine politisch durchschlagende emotionalisierte öffentliche Protestwelle gegen TTIP lostreten, dann werden Einsichten aus der Wissenschaft durch lautstarke Proteste von RFNRs faktisch unterdrückt; während die „Nicht-Regierungsorganisationen“ machtvoll ganz eigene Interessen verfolgen: gut bezahlte Jobs, höhere Subventionen bzw. Projektzuschüsse, mehr Einfluss in den Medien und der Politik als neue Stufe der Karriereleiter. Das ergibt das Bild einer dummen Gesellschaft ohne klare politische Verantwortlichkeit – das behindert zukunftsfähige Lernprozesse und lässt die EU womöglich gegenüber den USA und China ökonomisch-politisch zurückfallen; statt dass EU-Einfluss global auf Soziale Marktwirtschaft hinwirken kann, wird Europa dann langfristig immer weniger eigene Gestaltungsmacht haben und institutionelle Arrangements aus den USA und China übernehmen müssen – ist das im Interesse der Europäerinnen und Europäer? Wenn die EU durch die „Nicht-Regierungsorganisationen“ bei TTIP scheitern sollte, so gilt vor dem Hintergrund der geschilderten Zusammenhänge, dass die Kommission Europa selbst das TTIP-Grab mit geschaufelt hätte – das wäre eine historische Katastrophe.

Die Finanzierung von Nicht-Regierungsorganisationen durch Regierungen bzw. die Europäische Kommission sollte künftig durch einen Verfassungsartikel untersagt werden. Man kann gespannt sein, ob der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament eine solche Gesetzesinitiative auf den Weg bringen werden.